

N O R D A T L A N T I K R A T

ORIGINAL : ENGLISCH

9. Mai 1955

NATO GEHEIM

ZUSAMMENFASSENDER BERICHT
C-R(55)19~~Geheim~~Zusammenfassender Bericht über eine
am 9. Mai 1955, um 15.30 Uhr
im Palais de Chaillot abgehaltene Sitzung
des RatesANWESEND WAREN :

Präsident: S.E. Herr S. Stephanopoulos (Griechenland)

BELGIENS.E. Herr P.H. Spaak (Aussenminister)
S.E. Herr A. de Staercke (Ständiger Vertreter)DÄNEMARKS.E. Herr R. Hansen (Verteidigungsminister)
S.E. Herr A. Vestbirk (Ständiger Vertreter)DEUTSCHLANDDr. Konrad Adenauer (Bundeskanzler und Außenminister)
S.E. Herr H. Blankenhorn (Ständiger Vertreter)FRANKREICHS.E. Herr A. Pinay (Aussenminister)
S.E. Herr A. Parodi (Ständiger Vertreter)GRIECHENLANDS.E. Herr G. Exintaris (Ständiger Vertreter)
Herr A. Antonopoulos (Ministerialdirektor im Außen-
ministerium)ISLANDDr. K. Gudmundsson (Außenminister)
S.E. Herr Pétur Bénédiktsson (Isländischer Gesandter in Frank-
reich)ITALIENS.E. Herr G. Martino (Aussenminister)
S.E. Herr A. Alessandrini (Ständiger Vertreter)GEHEIMNATO GEHEIM

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

zu U 367/55 geh.GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)18

-2-

KANADA

The Hon. L.B. Pearson (Aussenminister)
S.E. Herr L.D. Wilgress (Ständiger Vertreter)

LUXEMBURG

S.E. Herr J. Bech (Ministerpräsident und Außenminister)
Herr N. Hommel (Ständiger Vertreter)

NIEDERLANDE

S.E. Herr J.W. Beyen (Aussenminister)
Jonkheer A.W.L. Tjarda van
Starkenborgh Stachouwer (Ständiger Vertreter)

NORWEGEN

S.E. Herr H. Lange (Aussenminister)
S.E. Herr A. Gunneng (Ständiger Vertreter)

PORTUGAL

Prof. Dr. P. Cunha (Aussenminister)
S.E. Graf de Tovar (Ständiger Vertreter)

TÜRKEI

S.E. Herr Fatin R. Zorlu (Staatsminister, stellvertretender
Ministerpräsident)
Herr M. Ali Tiney (Stellvertreter des Ständigen Ver-
treters)

VEREINIGTES KÖNIGREICH

The Rt. Hon. H. Macmillan (Außenminister)
Sir Christopher Steel (Ständiger Vertreter)

VEREINIGTE STAATEN

The Hon. John Foster Dulles (Außenminister)
S.E. Herr G.W. Perkins (Ständiger Vertreter)

INTERNATIONALER STAB

Herr H. van Vredenburg (Stellvertretender Generalsekretär)
Herr G. Cosmelli (Der für politische Angelegenheiten
zuständige Beauftragte des General-
sekretärs)
Herr L.P. Weicker (Der für Produktion und Logistik
zuständige Beauftragte des General-
sekretärs)
Herr F. D. Gregh (Der für Wirtschaft und Finanzen
zuständige Beauftragte des General-
sekretärs)
Lord Coleridge (Geschäftsführender Sekretär)

FERNER WAR ANWESEND

General G.M. de Chassey (Verbindungsoffizier der Ständigen
Gruppe)

GEHEIMNATO GEHEIM

Herstellung im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

INHALTSÜBERSICHT

<u>Punkt</u>	<u>Gegenstand</u>	<u>Seite</u>
I.	<u>ÜBERBLICK ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE INTERNATIONALE LAGE</u>	4

In etwaigen Verhandlungen mit der Sowjetunion zu erörternde europäische Fragen (nämlich das deutsche Problem, das österreichische Problem und die europäische Sicherheit)

Anhang		13
--------	--	----

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

I. ÜBERBLICK ÜBER DIE GEGENÄRTIGE INTERNATIONALE LAGE

In etwaigen Verhandlungen mit der Sowjet-Union zu erörternde europäische Fragen (nämlich das deutsche Problem, das österreichische Problem und die europäische Sicherheit

1. Herr PINAY (französischer Aussenminister) gab dem Rat einen Überblick über den am 8. Mai zwischen den Aussenministern Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten erfolgten Gedankenaustausch über die Einberufung einer Konferenz der drei Westmächte mit der Sowjet-Union, deren Möglichkeit gegenwärtig von Sachverständigen der drei Staaten untersucht worden sei. Der deutsche Bundeskanzler habe sich gleichfalls an denjenigen Erörterungen beteiligt, die sich insbesondere auf das deutsche Problem bezogen.

2. Die drei Aussenminister seien sich darüber einig gewesen, dass bei der Eröffnung einer derartigen Konferenz wesentlich andere Verhältnisse als bei der Berliner Konferenz vor mehr als einem Jahr bestehen würden. Nach der Ratifizierung der Pariser Abkommen habe sich die Stellung der Westmächte verstärkt; dies bedeute, dass der Augenblick für die Wiederaufnahme der Besprechungen günstiger ist. Ferner habe die Sowjet-Regierung kürzlich den Eindruck zu erwecken versucht, dass ihre Aussenpolitik einen weniger starren Kurs als bisher verfolgt. So stelle z.B. ihre gegenwärtige Haltung Österreich gegenüber eine wesentliche Änderung ihrer Politik dar, die bisher als unverrückbar betrachtet werden konnte.

3. Unter diesen Umständen seien die Regierungen der drei Westmächte übereingekommen, in naher Zukunft die Initiative zu ergreifen und eine Konferenz mit Vertretern der Sowjet-Union in Vorschlag zu bringen. Bisher sei noch keine endgültige Entscheidung über die Ebene getroffen worden, auf der eine derartige Konferenz abgehalten werden soll. Die Regierungen der drei Westmächte würden eine diesbezügliche Stellungnahme der Regierungen der übrigen NATO-Staaten begrüßen.

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

zu Ü 367/55 geh.GEHEIMNATO GEHEIMC-R(55)19

- 4b -

NATO GEHEIM

4. Ferner habe eine eingehende Besprechung über etwaige Massnahmen der Sowjets in Europa stattgefunden. Auf Grund kürzlicher Ereignisse könne man zu der Auffassung gelangen, dass die Sowjet-Regierung einen anderen Kurs in ihrer Aussenpolitik einschlägt. Abgesehen von der Besserung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Jugoslawien sowie der Wahrscheinlichkeit einer baldigen Unterzeichnung des Österreich-Vertrages sei der allgemeine Ton der von den sowjetischen Führern in den vergangenen Wochen abgegebenen Erklärungen gemässigt gewesen. Es sei jedoch keineswegs sicher, dass die sowjetische Regierung bereit ist, ihre Stellung in Ostdeutschland in Kürze aufzugeben. Die in der Aufstellung befindliche Verteidigungsorganisation des Ostens scheine die deutsche Volksrepublik einzubeziehen, und die Sowjet-Union sei dabei, ihre militärische Position in der gesamten Ostzone weiter auszubauen. Es könne damit gerechnet werden, dass die Sowjet-Regierung ihre Bemühungen in erster Linie auf die Erörterung des Sicherheitsproblems konzentrieren wird. In dieser Hinsicht sei der von der Sowjet-Regierung auf der Berliner Konferenz vorgelegte und auch jetzt noch von ihr befürwortete Plan für die Westmächte nicht annehmbar, da er darauf abzielt, die NATO zu sprengen, und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa mit sich bringen würde.

5. Was das deutsche Problem anbelange, so bestehe das Hauptziel der Westmächte darin, die deutsche Einheit in Freiheit wiederherzustellen und ein freies geeintes Deutschland in die Gemeinschaft der übrigen friedliebenden Völker aufzunehmen. Die Abhaltung freier Wahlen gemäss den gemeinsamen Grundsätzen der westlichen Demokratien bleibe das einzige Mittel zur Durchführung dieser Politik. Was den Friedensvertrag anbelange,

he

GEHEIMNATO GEHEIM

-5a-

so seien die Westmächte der Auffassung, daß ein derartiger Vertrag ohne Beteiligung der rechtmäßigen Vertreter eines geeinten Deutschland nicht erörtert werden könne.

6. Die Sowjet-Regierung werde möglicherweise die Neutralisierung Deutschlands als eine Vorbedingung für die Bereinigung der deutschen Frage verlangen. Derartige Vorschläge könnten vom Westen nicht angenommen werden: Eine Neutralisierung würde äußerst schwere Probleme nicht allein für die Verteidigung Europas, sondern auch für Deutschland selbst aufwerfen. Ferner könne durchaus damit gerechnet werden, daß die Sowjet-Regierung irgendeine Kontrolle verlangen wird, um sich der Neutralisierung Gesamtdeutschlands zu vergewissern, und dies sei nicht annehmbar. Es sei Angelegenheit eines wiedervereinigten Deutschland, seine eigene Außenpolitik zu gestalten. Schließlich sei jegliche sowjetische Forderung auf völlige oder teilweise Zurückziehung der Truppen vor Unterzeichnung eines Friedensvertrages nicht annehmbar, da dies in Wirklichkeit eine verschleierte Form der Neutralisierung darstellen würde.

7. Sollte die Sowjet-Regierung die gleiche Haltung wie auf der Berliner Konferenz beibehalten und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen ablehnen, so sei damit zu rechnen, daß sie ihre Politik der Förderung einer Fühlungnahme zwischen den Behörden der Deutschen Demokratischen Republik (People's Republic) und der Bundesregierung weiter verfolgen wird. Sie würde versuchen, die "de facto"-Anerkennung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik durch möglichst viele Mächte zu erreichen. In diesem Falle sollten die Atlantik-Staaten sich über ein gemeinsames Vorgehen einigen, um diesen Manövern entgegenzutreten.

8. Neben der Regelung des deutschen Problems hätten die Westmächte zweifellos den Wunsch, ein konstruktives Programm

GEHEIM

NATO GEHEIM

.../...

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

-5b-

für die allgemeine Sicherheit vorzuschlagen. Hierbei könnten mehrere Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden, wie zum Beispiel: Erklärungen, sich jeglicher Angriffshandlung und Anwendung von Gewalt zu enthalten sowie jedem Staat, der gegen diesen Grundsatz verstößt, jegliche Unterstützung zu entziehen; gegenseitige Hilfeabkommen mit oder ohne Grenzgarantien; Kontrolle und Begrenzung der Rüstung. In jedem Fall und unbeschadet der Haltung der Sowjet-Regierung würden die drei Westmächte sich bemühen, die allgemeine Lage zu verbessern, indem sie positive Maßnahmen zur Entspannung und zur Schaffung eines Gefühls der Sicherheit in Europa vorschlagen. Sollte jedoch die Konferenz trotz der Bemühungen der Westmächte keine positiven Ergebnisse, und seien es auch nur Teilergebnisse erzielen, so müßten die Westmächte im Hinblick auf spätere Tagungen die Besprechungen auf geeigneter Ebene fortsetzen.

9. Abschliessend erklärte Herr Pinay, daß die Sachverständigen der drei Staaten sich weiterhin mit der Untersuchung dieser Probleme befassen würden, um der allgemeinen Entwicklung der sowjetischen Politik voll Rechnung tragen zu können. Alle Bemerkungen, die die Vertreter der übrigen NATO-Staaten hierzu etwa abzugeben wünschten, würden volle Berücksichtigung finden.

10. Herr MARTINO (italienischer Außenminister) betonte, daß das deutsche Problem wie alle mit der Sowjetunion zu verhandelnden Fragen mit dem Kernproblem der Beziehungen zwischen Ost und West, nämlich dem Problem der Sicherheit, in engem Zusammenhang stehe. Er begrüße daher die Gelegenheit, die die gegenwärtige Tagung für eine Aussprache über diejenigen Fragen biete, die für alle NATO-Staaten von gleichem Interesse seien. Es sei wesentlich, die Lösung einzelner Probleme im Rahmen einer allgemeinen Regelung anzustreben, damit die Lösung eines Problems die Aussichten auf die Erzielung einer Einigung über andere Probleme nicht beeinträchtigt.

GEHEIM

NATO GEHEIM

Herzstück im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet! Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

11. Es dürfe zweckmässig sein, zusammen mit der Untersuchung besonderer Probleme auch dem allgemeinen Problem der Sicherheit volle Aufmerksamkeit zu schenken. Eines der Lieblingsthemen der sowjetischen Propaganda sei die mit der deutschen Wiederbewaffnung verbundene Gefahr. Es sei daher wesentlich, im Verlaufe aller Verhandlungen mit der Sowjetregierung ständig auf die wahren Ziele des Westens hinzuweisen. Der Hauptwunsch der Weststaaten sei es, dass die Sowjetunion sich bereit erklärt, den Grundsatz einer wirksamen Kontrolle der gesamten Rüstung, der herkömmlichen wie auch der nichtherkömmlichen, anzuerkennen, da alle etwaigen Abkommen sonst wertlos sein würden. Es dürfte zweckmässig sein, die Sowjetregierung darauf hinzuweisen, dass die Abkommen, die zwischen den kommunistischen Staaten auf militärischem Gebiet offenbar abgeschlossen werden sollen, kein System der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle vorsehen, das dem durch die Pariser Abkommen geschaffenen System entspricht. Die Einführung eines ähnlichen Systems freiwilliger Begrenzungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs dürfte die einzige realistische Basis für jegliches Sicherheitsabkommen mit der kommunistischen Welt darstellen.

12. Was das deutsche Problem anbelangt, so betonte Herr Martino, es bestehe keine Analogie zwischen der Lage Deutschlands und der Lage Österreichs. Es sei wesentlich, dass die NATO hierzu eine entschlossene Haltung einnehme, um etwaigen sowjetischen Versuchen zu begegnen, die öffentliche Meinung durch Ausspielen der Neutralitätskarte zu beeinflussen. Er habe die von Dr. Adenauer im Laufe der Sitzung bereits abgegebenen Erklärungen zu diesem Thema mit grosser Genugtuung zur Kenntnis genommen.

13. In Österreich bestehe nur eine einzige Regierung, die aus freien Wahlen hervorgegangen sei und ihre Politik selbst gestalten könne. Diese Politik habe mit Unterstützung der Mitglieder der atlantischen Gemeinschaft

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

zu Ü 367/55 geh.

- 6b -

NATO GEHEIM
C-R(55)19

bereits befriedigende Ergebnisse gezeitigt, und es sei zu hoffen, dass sie auch weiterhin die traditionelle Verbundenheit Österreichs mit der westlichen Zivilisation herausstellen wird. In Deutschland gebe es noch keine aus freien Wahlen hervorgegangene Gesamtregierung, die die Aussenpolitik für ganz Deutschland bestimmen könne. Seines Erachtens liege es im Interesse des Westens, bei den Verhandlungen über Deutschland mit der Sowjetunion die Abhaltung freier Wahlen als Vorbedingung zu fordern. Die vom deutschen Bundeskanzler abgegebene Erklärung deute darauf hin, dass die Bundesrepublik ein derartiges Vorgehen befürworte.

14. Hinsichtlich der Lage Österreichs sei die italienische Regierung der Auffassung, dass ungeachtet der wahren Motive der Wandlung in der sowjetischen Haltung die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs einen Sieg der demokratischen Welt bedeutet. Ihres Erachtens könnte ein freies Österreich, das seine traditionelle Aufgabe im Donaauraum wiederaufnehmen kann, eine Garantie für das richtige Gleichgewicht in Mitteleuropa bieten. Ein demokratisches Österreich könnte als Vorbild dienen und somit die angrenzenden kommunistischen Satellitenstaaten anziehen.

15. Die besondere Lösung des österreichischen Problems, mit der nunmehr zu rechnen sei, habe eine Reihe von Fragen aufgeworfen, an denen Italien sowohl als Mitglied der NATO als auch in Anbetracht seiner gemeinsamen Grenze mit Österreich besonders interessiert sei. Diese Fragen bezögen sich insbesondere auf das Wesen der österreichischen Neutralität, auf den Umfang der von der Sowjetunion entweder allein oder im Rahmen einer kollektiven Garantie der Vier Mächte zu leistenden Garantie, die von Österreichs Nachbarn zu übernehmenden Verpflichtungen und schliesslich die militärischen Auswirkungen der Errichtung eines neutralen Österreichs unter noch nicht klar definierten Bedingungen auf den Westen. Dies sei für Italien eine Frage von ausserordentlicher Bedeutung.

GEHEIMNATO GEHEIM

Herstellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs.

-7a-

Italien sei viel daran gelegen zu erfahren, in welcher Weise seine Ostgrenze davon betroffen würde, welche neuen Verpflichtungen die NATO infolge einer Österreich gegenüber von drei Mitgliedstaaten übernommenen Garantie eingehen würde, und insbesondere, wie Italiens Anteil an der defensiven Dislozierung der NATO-Streitkräfte gegebenenfalls geändert werden müsste.

16. Die italienische Regierung sei ihrerseits bereit, sich zu verpflichten, die Neutralität Österreichs und die Unverletzlichkeit seiner Grenzen zu respektieren. Ferner sei die italienische Regierung der Auffassung, dass es einem neutralen Österreich frei stehen sollte, jeder bereits bestehenden oder in Zukunft eventuell zu bildenden internationalen Organisation beizutreten. Die Zugehörigkeit zu derartigen Organisationen würde es Österreich ermöglichen, seine Wirtschaft zu stärken und auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet mit der westlichen Völkergemeinschaft zusammenzuarbeiten.

17. Herr ZORLU (Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident der Türkei) war der Auffassung, dass das taktische Ziel der UdSSR darin bestehe, den Westen der Möglichkeit zu berauben, internationale Probleme in ihrer Gesamtheit zu untersuchen, und diese Probleme voneinander zu trennen, um im westlichen Lager Zweifel und Meinungsverschiedenheiten aufkommen zu lassen. Seine Regierung halte es für unerlässlich, die Probleme in ihrer Gesamtheit zu betrachten. Er begrüße den eventuellen Abschluss des österreichischen Staatsvertrages, jedoch möchte er darauf hinweisen, dass er ein Teil des sowjetischen Gesamtplans sei, einen Gürtel neutraler Staaten zu schaffen, die später einer kommunistischen Infiltration nur geringen oder überhaupt keinen bewaffneten Widerstand entgegensetzen könnten. Es sei nun Sache des Westens, die Initiative zu ergreifen und den sowjetischen Abrüstungsbluff aufzudecken sowie die UdSSR aufzufordern, die gegenwärtigen internationalen Probleme in ihrer Gesamtheit zu erörtern, mit der die Hauptprobleme Sicherheit und Abrüstung untrennbar verknüpft sind.

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

-7b-

18. Herr BEYEN (Aussenminister der Niederlande) stellte Übereinstimmung darüber fest, dass das Endziel Sowjetrusslands unverändert gleich geblieben sei, und dieses Endziel laute: Unterminierung der freien Welt. Andererseits sei die tatsächliche Politik der Sowjets auf zwei Nahziele gerichtet:

- (a) die Untergrabung der Einheit des Westens; und
- (b) die Verhinderung der Wiederbewaffnung Westdeutschlands.

19. Ein ganz offensichtlicher Beweis dafür, dass es ihnen bisher nicht gelungen ist, das zweite Ziel zu erreichen, sei in dem willkommenen Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO zu erblicken. Man könne sich wirklich fragen, ob die sowjetische Politik so klug ist, wie dies vom Westen zuweilen vermutet wird, oder ob sie nicht häufig schwerfällig und von geringer Anpassungsfähigkeit ist. So wäre z.B. das Angebot des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages eine weitaus grössere Gefahrenquelle für den Westen gewesen, wenn es zu einem früheren Zeitpunkt erfolgt wäre. Der Westen sollte sich jedoch vor Augen halten, dass diese sowjetischen Nahziele noch nicht aufgegeben worden sind, und dass es immer noch schwache Stellen in der Verteidigung des Westens gibt, wo diese Ziele verfolgt werden können.

20. Die sowjetische Politik schwankte zwischen Drohungen und Versprechungen, die beide geeignet sind, auf die öffentliche Meinung des Westens einen Einfluss auszuüben. Es sei insbesondere zutreffend, wie dies vom deutschen Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht worden ist, dass künftige Verhandlungen mit der UdSSR sich über Monate, wenn nicht über Jahre hinziehen könnten. Grosse Geduld und Standhaftigkeit würden von den Völkern des Westens, und insbesondere vom deutschen Volk verlangt, das der sowjetischen Propaganda in besonderem Masse ausgesetzt sei. Die NATO habe mit Dankbarkeit die Geduld und Ausdauer anerkannt, mit der der Bundeskanzler die Politik seines Landes leite und geleitet habe.

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet. Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

-8a-

21. Es gebe keine Gewissheit dafür, dass die sowjetische Aussenpolitik z.Zt. mehr als eine taktische Änderung zeige. Die Möglichkeit, dass innere Schwächen in der UdSSR bestünden, sei nicht ausgeschlossen: derartige Schwächen könnten, wenn sie vorhanden seien, Russland zu grösseren als nur taktischen Zugeständnissen veranlassen. Wenn es auch schwierig sei, irgendwelche wesentliche Zugeständnisse, die die UdSSR machen könnte, aufzuzeigen, sei es jederzeit möglich, dass sie mit einer Überraschung aufwartet, die, wenn sie auch nicht die Regierungen des Westens beeinflusst, so doch zu einem diplomatischen Scheinerfolg für die UdSSR werden kann. Auf der Seite des Westens lasse sich schwer sagen, welche Zugeständnisse gemacht werden könnten, ohne die Sicherheit des Westens von Grund auf zu gefährden. Die günstigste Hypothese für eine Vier-Mächte-Konferenz wäre die, dass die UdSSR sie zu einer Atempause benutzen würde, in der sie ihre Macht verstärken würde. Der Westen wäre nicht abgeneigt, eine derartige Atempause zu gewähren, sofern sie nicht die Sicherheit des Westens gefährde; man dürfe hoffen, dass sich die Sowjetische Position, besonders in den Satellitenstaaten, verschlechtere. Vor allen Dingen müsse der Westen die Gefahr eines Nachlassens seiner Bemühungen vermeiden, gleichviel welcher zeitweilige "modus vivendi" gefunden werden mag.

22. Es gebe eine potentielle Gefahr, auf die er besonders hinweisen wolle. Westeuropa habe kürzlich einen wirtschaftlichen Aufstieg von längerer Dauer erlebt als dies im zwanzigsten Jahrhundert bisher der Fall war. Diese Zeit sei für die Festigung der wirtschaftlichen Verbindungen zwischen den Staaten des Westens vorteilhaft genutzt worden, und die Wirtschaftler seien jetzt zuversichtlich, dass in Zukunft Wirtschaftskrisen wie die der dreissiger Jahre vermieden werden können. Es dürfe jedoch nicht angenommen werden, dass alle Wirtschaftskrisen, gleich welchen Ausmasses, nunmehr abgewendet werden könnten. Einer der Hauptgründe für den kürzlichen wirtschaftlichen Wiederaufstieg in Europa sei die Wiederbewaffnung, die ein höchst wirksamer Ansporn für die Produktion sei. Sollte ein "modus vivendi" gefunden werden, der zu einer Reduzierung der Rüstungsproduktion

-8b-

führt, so könnte die dadurch möglicherweise entstehende Wirtschaftskrise der UdSSR zum Vorteil gereichen und die kommunistische These von den innewohnenden Schwächen, die den Sturz des kapitalistischen Systems herbeiführen müssen, bestätigen. Die Stärkung der westeuropäischen Wirtschaft sei eine dringende Notwendigkeit, nicht nur in der allernächsten Zukunft, um den Lebensstandard zu heben, sondern auch auf weite Sicht, um die Einheit des Westens zu stärken und einen Auseinanderfall infolge wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu vermeiden.

23. Herr PEARSON (Aussenminister Kanadas) begrüßte den wertvollen Meinungsaustausch über internationale Fragen, der nun stattfindet. Diejenigen Staaten, die bei den Vier-Mächte-Verhandlungen nicht vertreten sein würden, begrüßten diese Gelegenheit, an der Formulierung der politischen Richtlinie, deren endgültige Ergebnisse die gesamte NATO-Gemeinschaft berühren, teilnehmen zu können. Gewisse wichtige Änderungen seien in der äusseren Taktik der Sowjet-Politik eingetreten; so habe diese z.B. die "Schock"-Taktik aggressiver Revolution aufgegeben und sei zu einer Taktik übergegangen, die auf der Doktrin des schrittweisen kommunistischen Vorgehens beruht. Die Länder des Westens müssten bereit sein, ihre eigene Taktik dieser veränderten Taktik anzupassen, ohne dabei von ihrer grundsätzlichen politischen Haltung abzugehen. Sie dürften nicht von ihrer Zielsetzung durch falsche Versprechungen abgelenkt werden und müssten vor allen Dingen jede mögliche Gelegenheit ausnutzen, um mit der UdSSR zu verhandeln, und so die Spannungen zu verringern. Die NATO verfüge jetzt über die erforderliche Stärke, um sich mit der UdSSR auf einem Boden zu messen, den sich die NATO erwählt, nämlich dem der Diplomatie. Die NATO-Staaten müssen auf der Hut sein vor der Versuchung, in ihren Anstrengungen nachzulassen, und vor den sowjetischen Bemühungen, die westliche Einheit zu sprengen und besonders die Vereinigten Staaten ihren Partnern zu entfremden. Trotz der internationalen Entspannung der jüngsten Zeit sei die Welt ein gefährlicher Platz für die Schwachen, die Müden, die Unvorsichtigen und die Isolierten.

-9a-

24. Zur Frage einer möglichen Vier-Mächte-Konferenz gab er zu, dass es unklug wäre, schnelle Ergebnisse zu erwarten. Es wäre erwünscht, wenn die Konferenz zunächst auf höchster Ebene abgehalten würde. Auf jeden Fall müsse mit großer Sorgfalt die Tagesordnung aufgestellt und die Grenzen festgelegt werden, über die hinaus keine weiteren Konzessionen gemacht werden könnten. Verhandlungen auf dieser Stufe könnten zu wertvollen Ergebnissen führen und seien wichtig im Hinblick auf die öffentliche Meinung. Er glaube, daß eine der größten Gefahren die wäre, daß die Sowjet-Politik sich in Bezug auf Deutschland plötzlich ändern könne und eine entsprechende phantasievolle Änderung der Politik der Westmächte erfordern könne. Angesichts der jüngsten Änderungen in der sowjetischen Taktik müsse sich der Westen davor hüten, eine Vier-Mächte-Konferenz lediglich als ein Unternehmen der psychologischen Kriegführung zu betrachten. Es sei wesentlich für die Staaten des Westens, ihre schwer errungenen Vorteile gegenüber allen Drohungen und Schmeicheleien zu bewahren und wendig, phantasievoll und geduldig jede Möglichkeit zu Verhandlungen auszunutzen.

25. Herr HANSEN (Verteidigungsminister Dänemarks) erklärte, er habe mit großem Interesse den Vorrednern zugehört. Er halte es für richtig, daß Verhandlungen mit den Russen stattfinden sollen, da sich in so vielen Staaten eine starke Strömung der öffentlichen Meinung in dieser Richtung bemerkbar mache. Die dänische Regierung habe keine besonderen Anregungen weder bezüglich der Form einer solchen Konferenz, nämlich ob sie auf der Ebene der Regierungschefs oder der Außenminister stattfinden solle, noch zur Frage der Tagesordnung vorzubringen. Der wesentliche Punkt in den Augen seiner Regierung sei der, daß jetzt eine gemeinsame europäische Politik im Entstehen sei und es daher töricht wäre, die Initiative aus der Hand zu geben.

26. Herr LANGE (Außenminister Norwegens) schloß sich der Auffassung des Herrn Pearson an, daß man bei allen Verhandlungen mit den Russen ein zweifaches Ziel verfolgen müsse: man müsse sich die von der NATO so hart erkämpften Vorteile erhalten und gleichzeitig

jede Möglichkeit ausnutzen, um auf dem Wege von Verhandlungen eine Entspannung herbeizuführen. Er wies auf die Bedeutung eines elastischen Vorgehens hin und fügte hinzu, daß, wenn eine elastische Politik verfolgt werden solle, die Verhandlungspartner sich über die Grenzen klar sein müßten, innerhalb derer man elastisch vorgehen könne. Dies sei der in der Vormittag-Sitzung von Herrn Spaak vorgebrachte Gedanke, den er voll und ganz unterstütze.

27. Herr MACMILLAN (Außenminister des Vereinigten Königreichs) bemerkte, daß es im Vereinigten Königreich wie in andern NATO-Staaten zu langen Debatten gekommen sei zwischen Verfechtern einer Politik, die den Frieden mit Hilfe einer Position der Stärke herbeizuführen sucht und denen, die für Befriedigung auf der Basis der Schwäche eintreten. Glücklicherweise haben in diesem Lande wie auch in andern NATO-Ländern die Verfechter der letzteren Politik, die zweifellos gleichbedeutend ist mit "überrollen lassen", das Spiel verloren. Er glaube, die NATO könne die neue Haltung Rußlands, wie sie sich in Verbindung mit dem österreichischen Staatsvertrag zeige, als einen Erfolg ihrer Politik, die eine Kombination von Geduld und Stärke sei, buchen. Es sei durchaus möglich, daß das russische Vorgehen in der Angelegenheit des österreichischen Staatsvertrages eine Falle ist. Wenn dies der Fall sei, könnte man jedoch die Falle umgehen, und es gebe keinen Grund, nicht alle Vorteile wahrzunehmen, die das russische Vorgehen biete. Er wünsche, in diesem Zusammenhang auf einen Punkt besonders hinzuweisen: Man sollte versuchen, die Sowjet-Propaganda zu entkräften, derzufolge die UdSSR sich außerordentlich "großmütig" zeige, wenn sie die Vorschläge für einen Vertrag, der ihr tatsächlich seit mehreren Jahren offen steht, nunmehr annimmt. Er hoffe, daß sich Mittel finden ließen, der Öffentlichkeit darzulegen, daß die Großmütigkeit eher auf Seiten der Westmächte als auf der sowjetischen Seite liege.

28. Er nahm dann Bezug auf die Bemerkungen der Herren Beyen und Pearson, daß es richtig sei, das Gleichgewicht zwischen den von den NATO-Staaten getroffenen militärischen Maßnahmen und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines jeden Landes zu wahren. Die augenblicklichen Verhältnisse schienen ihm zu zeigen, daß ein gesundes Gleichgewicht gehalten worden sei.

29. Er sagte, er habe sich über die urwüchsige Art gefreut, in der der Bundeskanzler Adenauer die öffentliche Meinung in Westdeutschland geschildert habe. Es wäre in der Tat sehr naiv gewesen anzunehmen, dass 14 NATO-Staaten an einem Tage die Bundesrepublik Deutschland in der NATO-Gemeinschaft willkommen heissen, und am nächsten Tage an einen deutschen Verzicht denken würden. Selbstverständlich wünschten das deutsche Volk und die NATO-Staaten in ihrer Gesamtheit die deutsche Wiedervereinigung, aber das deutsche Volk sei zu klug, um in eine Falle zu gehen. In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands dürfe sich die NATO auf keinen Fall schwach zeigen. Wenn sie sich entschliesse, eine neue Taktik anzuwenden, um der neuen russischen Taktik zu begegnen, so bedeute das nicht einen Wechsel der grundsätzlichen NATO-Strategie. Herr Beyen habe den Rat vor der Möglichkeit eines sowjetischen Überraschungsschritts gewarnt; aber in den letzten 5 Jahren sei jeder sowjetische Schritt entweder von einem Versprechen oder einer Drohung begleitet gewesen. Er glaube, die Drei Mächte täten recht daran, sich zu Verhandlungen mit Russland zu erbieten, erstens, weil ein solcher Vorschlag einem starken Wunsch der Völker entspreche, und zweitens, weil er glaube, es sei taktisch richtig gehandelt. Welcher Art auch immer die Verhandlungen sein mögen, er glaube, der Westen solle mit einer guten Mischung von leichtem Optimismus und zynischem Pessimismus an sie herangehen. Er stimme mit dem deutschen Bundeskanzler darin überein, dass es unrealistisch wäre zu erwarten, dass alle vorhandenen Probleme in einigen Wochen gelöst werden könnten, und er begrüesse seinerseits die Aussicht auf eine längere Verhandlungsdauer, die an sich schon zu einem Nachlassen der internationalen Spannung führen könne. Auf jeden Fall müsse der Westen die Verhandlungen mit dem Vorsatz aufnehmen, Geduld zu zeigen und eine loyale und feste Haltung einzunehmen.

30. Abschliessend erklärte er, dass die wachsende Stärke und Einigkeit der NATO der Organisation in den vergangenen Jahren gute Dienste geleistet habe, und er hoffe, dass diese Eigenschaften weiterhin die Grundlage der NATO-Politik bilden

werden. Die Vorredner hätten gezeigt, dass ihre Länder dazu entschlossen seien, und er könne versichern, dass das Vereinigte Königreich nicht weniger dazu entschlossen sei. Er glaube, dass ihren Zielen am besten gedient sei, wenn man Verhandlungen mit Russland unter Anwendung zweier Grundsätze, der Mässigung und der Stärke, einleite.

31. Herr DULLES (Aussenminister der Vereinigten Staaten) stimmte den Vorrednern darin zu, dass es jetzt Zeit sei, die Initiative zu ergreifen und die UdSSR zu einer Lösung der dringenden Probleme zu drängen. Die meisten Völker der NATO-Staaten seien dieser Auffassung, und die öffentliche Meinung habe zuweilen einen sichereren Instinkt als die Minister. Das Problem sei, welche Art der Initiative ergriffen und welcher Rahmen geschaffen werden solle, um die Gefahren zu vermeiden, auf die Herr Spaak besonders hingewiesen habe. Er möchte zunächst betonen, dass, obwohl nur wenige der NATO-Mächte aufgefordert werden dürften, die Initiative zu ergreifen, alle NATO-Mächte von den Auswirkungen dieser Initiative direkt betroffen würden und beanspruchen könnten, über die Schritte, die sich daraus ergeben würden, befragt zu werden. Die Initiative müsse daher begrenzt sein. Auf keinen Fall dürfe sich die Praxis der Kriegszeit wiederholen, als unter dem Zwang der Umstände nur einige Staaten Entscheidungen trafen, deren Folgen für andere Staaten von grosser Bedeutung waren.

32. Wenn man übereinstimmend der Ansicht wäre, dass die von wenigen Mächten zu ergreifende Initiative betrenzt sein müsse, so wünsche er den Rat zu fragen, welche Schritte tatsächlich von diesen wenigen Mächten unternommen werden könnten. Er rege an, dass die ersten Besprechungen mit den Russen Verfahrensfragen und keine sachlichen Fragen behandeln sollten. d.h. dass die Verhandlungspartner sich mit den Russen zusammensetzen und versuchen sollten, die Probleme zu bezeichnen, die eine Lösung verlangten. Welches seien diese Probleme? Da sei zunächst die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Er glaube nicht, dass diese Frage nicht zu lösen sei: vor wenigen Monaten hätten wenige Menschen geglaubt, dass die Russen sich bereit erklären, einen annehmbaren Staatsvertrag mit Österreich zu unterzeichnen. Doch scheine dies gegenwärtig der Fall zu sein,

und das gleiche könne in wenigen Monaten vielleicht für die deutsche Wiederbewaffnung zutreffen. Er glaube, daß die moralischen Kräfte, die gegen die Fortsetzung des Zustandes der Teilung Deutschlands auftreten, die Oberhand gewinnen werden. Die zweite Frage sei die der Unterdrückung und der Mißachtung der nationalen Selbständigkeit und der Menschenrechte in den Satelliten-Staaten. Es bestehe die Gefahr, daß Verhandlungen mit den Russen den Eindruck erwecken könnten, daß die freie Welt diese Unterdrückung als gegebene Tatsache hinnehme. Dieser etwaige Eindruck müsse beseitigt werden. Die Befreiung der Satelliten-Staaten durch Waffengewalt komme nicht in Frage, aber die NATO müsse noch wie vor hoffen, daß dieselbe Entwicklung, die in der russischen Haltung Österreich gegenüber einen Wandel hervorgerufen habe, sich auch im Falle der Satelliten-Staaten auswirken wird. Ebenso dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß die Satelliten-Staaten, wenn sie ihre Selbständigkeit wiedergewannen, einen neuen "Cordon sanitaire" zur Einkreisung Rußlands bilden würden: die gegenwärtige Lage Finnlands sei ein Beweis dafür, daß ein Land an den Grenzen Rußlands seine Freiheit behalten könne, nicht-kommunistisch sein könne und keine Bedrohung für Rußland darzustellen brauche. Das dritte Problem sei die Bedrohung durch Atomwaffen. Sie wüßten, daß seine Regierung die ungewöhnliche Maßnahme getroffen habe, einen Minister zu ernennen, dessen Aufgabe darin bestehe, zu versuchen, die Atomrüstung zustande zu bringen, und es sei möglich, daß durch ein ungewöhnliches internationales Verfahren dieses Problem, welches auf der ganzen Welt lastet, erfolgreich gelöst wird. Schließlich gäbe es die Frage einer etwaigen Reduzierung der Gesamtrüstungslast und die der Fernostprobleme, die er in späteren Ausführungen zu behandeln vorschlage.

33. Dies seien also die Probleme, die auf einer ersten Tagung mit den Russen erörtert werden könnten, nicht etwa in der Absicht, eine sofortige Lösung hierfür zu finden, weil für eine endgültige Lösung viel mehr Zeit erforderlich wäre. Überdies müßten, wie er bereits früher erwähnt habe, alle an diesen Problemen interessierten Länder zu Wort kommen, bevor man zu irgendwelchen Endergebnissen gelange. Zusammenfassend glaube er, daß die NATO die Initia-

tive ergreifen sollte, um Verhandlungen mit den Russen anzubieten, daß sie nichts von ihrer eigenen Politik aufgeben sollte, daß sie danach trachten sollte, neue Hoffnungen auf internationale Entspannung zu erwecken und neue Verfahren der internationalen Entspannung zu schaffen und auf diese Weise zu versuchen, einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten.

34. Herr PINAY (Außenminister von Frankreich) sagte, er wünsche eine Erklärung im Namen der an der Ausarbeitung eines österreichischen Staatsvertrages beteiligten drei Westmächte abzugeben. Zuvor wünsche er, den Rat zu versichern, daß die französische Regierung nicht die geringste Absicht habe, die Verhandlungen mit den Russen über diese Frage als eine Art Tauschgeschäft zu benutzen. Die französische Regierung verfolge wie die anderen beteiligten Regierungen lediglich das Ziel, den Frieden sicherzustellen und in einer kleinen Ecke der internationalen Bühne eine Entspannung eintreten zu lassen. Herr Pinay gab dann eine formelle Erklärung über die Verhandlungen im Zusammenhang mit dem österreichischen Staatsvertrag ab, die in der Anlage beigefügt ist.

35. Herr SPAAK (Außenminister von Belgien) erklärte, daß eine Frage bei der Erklärung Herrn Pinays ihn beunruhige, nämlich die Frage der Garantie der territorialen Integrität Österreichs. Keine der vier Mächte, die seines Wissens die Garantie übernehmen sollten, hätten eine gemeinsame Grenze mit Österreich. Wie könne unter diesen Umständen eine Garantie durchgeführt werden? Dies sei eine Frage, die alle europäischen Länder interessiere.

36. Herr MARTINO (Außenminister Italiens) stimmte Herrn Spaak zu, daß die Länder, die gemeinsame Grenzen mit Österreich hätten, über diesen Punkt befragt werden sollten.

37. Herr MACMILLAN (Außenminister des Vereinigten Königreichs) vertrat ebenfalls die Auffassung, daß dieser von Herrn Spaak zur Sprache gebrachte Punkt sehr wichtig sei, und zwar zum Teil aus den Gründen, die von letzterem genannt wurden. Er versicherte Herrn Spaak, daß seine Regierung sicherlich nicht leichten Herzens Verpflichtungen eingehen werde. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, eine derartige Garantie zu leisten - zum Beispiel, im Rahmen der Vereinten Nationen. Er nehme an, daß Herr Spaak es nicht gerne sehe, daß die

Unterzeichnung des Vertrages bis zur endgültigen Regelung dieser Frage hinausgezogen wird.

38. Herr EXINTARIS (Ständiger Vertreter Griechenlands) warnte den Rat vor der Billigung von Garantien der vom französischen Außenminister beschriebenen Art, da im Falle der Bundesrepublik Deutschland sofort ähnliche Argumente in gleicher Weise geltend gemacht würden.

39. Herr BECH (Außenminister von Luxemburg) erklärte, daß es nach seiner Ansicht gar nicht um die Frage der Garantie der österreichischen Neutralität gehe, sondern lediglich um die Garantie der territorialen Integrität Österreichs. Er hoffe, daß eine Garantie der österreichischen Neutralität nicht in Frage komme, da diese der Sowjetunion das Recht verschaffe, sich in innere Angelegenheiten einzumischen.

40. Herr SPAAK (Außenminister von Belgien) vertrat die Ansicht, daß diese Unterscheidung in rechtlicher Hinsicht zweifellos gelte, daß aber tatsächlich die Fragen der Neutralität und der territorialen Integrität eng miteinander verbunden seien. Besonders im Hinblick auf die Erklärung des türkischen Außenministers in der Vormittags-Sitzung halte er es für gefährlich, die Länder darin zu bestärken, ihre Neutralität unter der Bedingung zu erklären, daß ihre territoriale Integrität von bestimmten Mächten garantiert wird. Er forderte die drei Westmächte auf, dieses Problem sehr sorgfältig zu überdenken, bevor sie derartige Verpflichtungen eingehen.

41. Herr ZORLU (Staatsminister und stellvertretender Ministerpräsident der Türkei) stimmte mit Herrn Spaak dahingehend überein, daß eine ernste Gefahr darin liege, Neutralitätserklärungen, die sich auf die Garantie der territorialen Integrität stützen, zu begünstigen.

42. Herr DULLES (Außenminister der Vereinigten Staaten) erklärte, daß ein wertvoller Meinungsautausch stattgefunden habe, insofern als die drei Westmächte vor der bevorstehenden Gefahr gewarnt worden seien. Soweit bisher bekannt, sei die UdSSR bereit, einen

Herstellung im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs

zu Ü 367/55 geh.GEHEIMNATO GEHEIM
C-R(55)19

-12b-

österreichischen Staatsvertrag ohne Vorbedingungen oder Garantien zu unterzeichnen. Jedoch seien genaue Einzelheiten über das, was sich in Moskau während der Aussprache zwischen der österreichischen und der russischen Regierung ereignet habe, noch nicht bekannt. Er könne den Rat versichern, daß nicht die Absicht bestehe, am Ende der Woche einen Vertrag zu unterzeichnen, der derartige Garantien enthalte, wie sie Herr Spaak erwähnt habe; wenn in der kommenden Woche ein Vertrag unterzeichnet werde, so sei es ein Vertrag ohne Verpflichtungen.

43. Der PRÄSIDENT machte den Vorschlag, daß die drei Mächte den von Herrn Spaak zur Sprache gebrachten Punkt sehr sorgfältig erwägen möchten, bevor sie am Ende der Woche mit den Russen in Wien tagten. Wie besonders Herr Spaak und Herr Zorlu hervorgehoben hätten, enthalte diese Frage der Garantien einen sehr gefährlichen Präzedenzfall.

44. Der RAT :

nahm die Argumente zur Kenntnis, die die Minister während der Aussprache über die europäischen Fragen, die in Verhandlungen mit der Sowjetunion behandelt werden könnten, vorgebracht haben.

Palais de Chaillot,
Paris, XVI.

GEHEIMNATO GEHEIM

fb

ERKLÄRUNG VON HERRN PINAY
(Aussenminister von Frankreich)

Gemäss der zwischen den beteiligten Regierungen getroffenen Abmachung traten am 2. Mai die Botschafter der Vier Besatzungsmächte und der österreichische Aussenminister sowie der österreichische Staatssekretär zu einer Konferenz zusammen, um einen österreichischen Staatsvertrag vorzubereiten, der so bald wie möglich unterzeichnet werden sollte. Bei dieser Konferenz gingen die drei Westmächte von dem Gedanken aus, dass unverzüglich ein Vertrag abgeschlossen werden sollte. Sie übersahen jedoch nicht, dass die österreichische und die sowjetische Regierung sich Mitte April in Moskau in den nachstehend aufgeführten Punkten geeinigt hatten:

(1) Streichung gewisser Artikel, die gegenstandslos geworden sind; (2) Abänderung der Rechtswirkungen des Artikels 35 durch Rückgabe von Ölfeldern, Raffinerien und sonstigem sogenanntem Deutschen Eigentum in Österreich gegen Öllieferungen; (3) künftige Rechtsstellung Österreichs als neutrale Macht und in Verbindung damit Garantie der territorialen Integrität durch die vier Mächte.

Die drei Westmächte halten es folglich für höchst wünschenswert, dass der Vertrag vor seiner Unterzeichnung nach diesen Gesichtspunkten soweit wie möglich revidiert und im besonderen alles gestrichen wird, was die Intervention einer fremden Macht in die Angelegenheiten eines neutralen österreichischen Staates begünstigen könnte.

Unter diesen Umständen haben die Vertreter der Westmächte, in mehreren Fällen auf Grund österreichischer Initiative, sich ernstlich bemüht, die Streichung des Artikels 16 (Vertriebene und Flüchtlinge) sowie verschiedener militärischer Klauseln (Artikel 17, 19 und 25) zu erreichen, die Österreich des Rechtes beraubt hätten, im Rahmen eines Neutralitätsstatuts die zu seiner Verteidigung erforderlichen Truppen aufzustellen. Darüber hinaus haben die Vertreter der drei Westmächte mit besonderem Nachdruck darauf

-13b-

gedrungen, dass Artikel 35 (deutsches Eigentum) in der Weise abgeändert wird, dass die von Österreich und Sowjetrußland zweiseitig getroffenen Beschlüsse auf wirtschaftlichem Gebiet darin berücksichtigt werden. Ausserdem haben die drei Vertreter der Westmächte sich bemüht, das russisch-österreichische Abkommen mit dem Staatsvertrag so zu verknüpfen, dass es sich in den Rahmen der strittigen Klauseln des Vertrages einfügt. Dieser Handlungsweise wird die grösste Bedeutung beigemessen, denn dadurch sollen die Russen daran gehindert werden, unter irgendeinem Vorwande auf ihr weitläufiges und langfristiges Recht der Intervention in Österreich, das ihnen der ursprüngliche Wortlaut eingeräumt hätte, zurückzugreifen. Die Gefahr liegt hier darin, dass die Sowjetunion, wenn sie von diesen Rechten Gebrauch macht, die künftige Neutralität und Unabhängigkeit Österreichs gefährden und die Anerkennung der österreichischen Neutralität seitens der Westmächte sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen könnte, solange sie den Westmächten gegenüber das Recht der wirtschaftlichen Wiederbesetzung besessen hätte.

Weiterhin wurde die Handlungsweise der Westmächte durch die Sorge um den Schutz der Rechte und Interessen ihrer eigenen Staatsangehörigen sowie der Staatsangehörigen ihrer Verbündeten bestimmt. Aus diesem Grunde wurden im Hinblick auf die diesen Personenkreis betreffenden Artikel besondere Anstrengungen gemacht und von den führenden Persönlichkeiten der österreichischen Regierung Zusicherungen ausserhalb des Vertrages erbeten.

Die drei Westmächte hatten ferner die Absicht, im Laufe der Konferenz über drei nicht unmittelbar den Staatsvertrag selbst betreffende Fragen Abkommen abzuschliessen oder Aufklärungen zu erhalten. Im Laufe der Aprilverhandlungen zwischen den Österreichern und den Sowjets in Moskau haben sich die Österreicher verpflichtet (wie im Vorstehenden angeführt), eine Neutralitätserklärung nach dem Schweizer Vorbild abzugeben und die vier Mächte zu bitten, in dieser oder jener Form die Integrität und Unverletzbarkeit österreichischen Territoriums zu garantieren. Die dritte Frage, die der Kandidatur Österreichs bei der UN, steht in Be-

ziehung . zu den beiden vorhergenannten Fragen; es war möglich, vom österreichischen Aussenminister eine Erklärung zu erlangen, derzufolge das österreichische Parlament unmittelbar nach der Ratifizierung des Staatsvertrages und ohne sein Inkrafttreten abzuwarten, eine Neutralitätserklärung abgeben werde. Diese Neutralitätserklärung werde sodann allen Staaten zugeleitet, mit denen Österreich diplomatische Beziehungen unterhält; diese würden gebeten, die Neutralität Österreichs zu respektieren und anzuerkennen. Die drei Vertreter der Westmächte haben angedeutet, dass ihre Regierungen grundsätzlich hierzu bereit seien. Zur gleichen Zeit wird die österreichische Regierung die vier Mächte bitten, die territoriale Unverletzbarkeit und Integrität Österreichs zu garantieren.

Der sowjetische Vertreter hat es abgelehnt, die Frage der Garantie zu erörtern; auch hat der österreichische Aussenminister eine solche Erörterung nicht vorgeschlagen.

Der Sowjetische Botschafter erklärte, diese Frage sei von den Ministern zu behandeln, wenn sie zur Unterzeichnung des Vertrages zusammenkämen; es war nicht möglich, von ihm mehr zu erfahren, als dass die sowjetische Regierung seines Wissens diese Garantie niemals als eine Vorbedingung für die Unterzeichnung des Vertrages angesehen habe. Die Vertreter der drei Westmächte wiesen auf die Probleme hin, die sich ergäben, wenn die drei Minister zur Unterzeichnung des Vertrages in Wien einträfen und ihnen dann ein Vorschlag zu einer Garantie unterbreitet würde, den vorher zu studieren, sie und ihre Regierungen nicht Zeit hatten.

Es ist daher nicht vorgesehen, dass in Bezug auf die Frage der Garantie eine endgültige Entscheidung auf der Ministertagung getroffen wird.

Wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, hoffen wir, dass wir gegen Ende der Woche in Wien zusammentreten, um den Staatsvertrag abzuschliessen und zu unterzeichnen. Es wird erwartet, daß der Staatsvertrag den Abzug aller Besatzungstruppen innerhalb von 90 Tagen nach seinem Inkrafttreten und, soweit möglich, nicht später als bis zum 31. Dezember 1955 vorsieht.

fü

Palais de Chaillot
Paris XVIIe

GEHEIM

NATO GEHEIM

Übs.: Fi-Hg-Ms/Sz-ES
13-5-55

Hergestellt im Bundesarchiv - Weitergabe dieser Aufnahme nicht gestattet, Reproduktion nur mit schriftlicher Genehmigung des Bundesarchivs